



STIFTERVERBAND
Bildung. Wissenschaft. Innovation.

POLICY PAPER

AUSGABE 01 | 21. JANUAR 2021

WENIGER HANDLUNGSSPIELRÄUME TROTZ BESONDERER LEISTUNGEN

Coronakrise führt zu wachsender Unsicherheit und Schwächung zivilgesellschaftlicher Strukturen

- » **Schwindendes Engagement, rückläufige Mitgliedschaften und hohe pandemiebedingte Anforderungen an Führungskräfte gefährden soziale Grundlagen**
- » **Mehrausgaben erschweren Wirksamkeit der Hilfsmaßnahmen**
- » **Entkräftete Motivation und schwindende Zuversicht**
- » **Leistungen des bürgerschaftlichen Engagements in der Krise anerkennen**
- » **Beratung über weitere Hilfsprogramme nötig, beispielsweise zur Entlastung besonders hoher Mehrkosten und engere Kooperation mit Verbänden sowie Infrastruktureinrichtungen für wirksamere Kommunikation und Beratung**
- » **Gemeinsame Erarbeitung von Konzepten zur Stabilisierung und Bindung von Engagierten und Mitgliedern**

- » **Hoff, Kai**
Projektmanager, ZiviZ im Stifterverband
- » **Kononykhina, Olga**
Projektmanagerin und Data Scientist,
ZiviZ im Stifterverband
- » **Krimmer, Holger**
Geschäftsführer, ZiviZ im Stifterverband
- » **Kuhn, David**
studentischer Mitarbeiter, ZiviZ im
Stifterverband
- » **Tahmaz, Birthe**
Projektleiterin, ZiviZ im Stifterverband

Gerade die Corona-Pandemie zeigt, wie bürgerschaftliches Engagement nicht nur gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Krise sichert, sondern auch für ihre Zielgruppen lebenswichtige Leistungen erbringt. Zudem werden über

zivilgesellschaftliche Beteiligung Sorgen und Kritik aus der Gesellschaft an die Politik getragen, politische Entscheidungen wiederum in die Gesellschaft vermittelt; es werden Brücken gebaut. Zivilgesellschaft ist nicht nur systemrelevant, sie ist Prämisse und Quelle der Idee einer Gesellschaft, in der jede und jeder solidarisch füreinander handeln und sich frei am gesellschaftspolitischen Gestaltungsprozess beteiligen kann.

ÜBER DAS ENGAGEMENT-BAROMETER

ZiviZ befragt in einem Panel Führungskräfte von Verbänden und Infrastruktureinrichtungen sowie Organisationen der Zivilgesellschaft zur Situation von Vereinen und anderen Organisationen während der Coronapandemie.

Was wir wissen wollen:

- » Welchen Schaden verursacht die sogenannte Coronakrise in der Zivilgesellschaft?
- » Wie trägt die Zivilgesellschaft zur Krisenbewältigung bei?
- » Wie verändern sich krisenbedingt Formen der Zusammenarbeit im Engagement?
- » Welche Potenziale digitaler Techniken werden mit welchem Nutzen vermehrt genutzt?

Bisher durchgeführte Erhebungen:

- » April 2020: leitfadengestützte Experteninterviews unter 45 Stakeholdern
- » August 2020: quantitative Stakeholderbefragung (n=135, Rücklaufquote 44,4 Prozent, entspricht 60 realisierten Fragebögen)
- » November 2020: quantitative Befragung unter Stakeholdern sowie lokalen Organisationen (n=4192, Rücklaufquote 16,3 Prozent, entspricht 685 realisierten Fragebögen)

Die Zielgruppe:

- » 66 Führungskräfte aus Infrastruktureinrichtungen sowie Landes- und Bundesverbänden gemeinnütziger Organisationen
- » Seit der zweiten quantitativen Befragung zudem 619 zivilgesellschaftliche Organisationen

Jeder dritte Bürger in Deutschland ist ehrenamtlich aktiv.¹ Es gibt 600.000 Vereine, die meisten (72 Prozent) unter ihnen arbeiten auf ehrenamtlicher Basis.² Zivilgesellschaftliches Engagement fußt auf einer breiten Grundlage an Bürgerinnen und Bürger, die durch ihre Vereinsmitgliedschaft, ehrenamtliche Tätigkeit in Kulturfördereinrichtungen oder auch spontaner Nachbarschaftshilfe am gesellschaftlichen Gestaltungsprozess aktiv partizipieren. Es waren und es sind die Engagierten in den spontanen Zusammenschlüssen, die ganz genau wissen: Was wird vor Ort gebraucht? Wo schwindet die Akzeptanz für die pandemiebedingten Einschränkungen - und warum? Wie kann staatliche Hilfe die Menschen noch besser erreichen? 2015 und 2016 waren die zivilgesellschaftlichen Initiativen für die

¹ Simonson/Vogel/Tesch-Römer (2017).

² Priemer/Krimmer/Labigne (2017).

vielen Geflüchteten, die zunächst völlig orientierungslos die Bahnhöfe deutscher Großstädte erreichten, in aller Munde. Eine Wertschätzung des gemeinnützigen Engagements für diese besonderen Leistungen in der Coronakrise bleibt allerdings überwiegend aus. Dabei sind Engagierte gerade jetzt besonders gefordert: Sie müssen nicht nur die Mehrzahl bisheriger Angebote in digitale Räume transferieren, sondern zugleich finanzielle Lücken füllen und weitere für ein Engagement gewinnen, das sich sonst auf immer weniger werdenden Schultern verteilen würde.

Das vorliegende Papier zeigt anhand neuer Umfrageergebnisse einer Panelbefragung unter 685 zivilgesellschaftlichen Organisationen auf, welche Themen sie gegenwärtig besonders herausfordern, wie bisherige Hilfsmaßnahmen dabei unterstützen können und inwiefern Zivilgesellschaft in den kommenden Monaten stabilisiert werden könnte.

1. SOZIALE GRUNDLAGEN DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN IN GEFAHR

Vor Beginn der Pandemie gab es eindeutige Zeichen einer wachsenden Zivilgesellschaft. So wies der ZiviZ-Survey 2017 auf, dass es 2016 mehr gemeinnützige Organisationen gab als noch im Jahre 2012.³⁴ Nicht nur die Zahl der Vereine, als dominante Organisationsform, sondern auch ihre Größe war gestiegen.⁵ Mit Fortschreiten der Pandemie kehrt sich dieser Trend nun um. Durch die pandemiebedingten Einschränkungen können viele Ehrenamtliche ihre Besuche und Angebote nicht fortführen. Die Arbeit in den Vereinsheimen und Hauptgeschäftsstellen muss von wenigen Führungskräften geschultert werden. Schwindet die Zahl der Engagierten und Mitglieder weiter, wird es schwieriger werden, gesellschaftlichen Zusammenhalt über zivilgesellschaftliches Engagement zu stützen und die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit gerät in den Hintergrund. Wert und Attraktivität des Ehrenamts werden durch die zunehmende Notwendigkeit hauptamtlich Tätiger schwer zu halten sein, Strukturen verhärten sich, eine zivilgesellschaftliche Sklerose droht.

1.1 DIE BEREITSCHAFT ZU HELFENDEM ENGAGEMENT LÄSST NACH

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten zur Eindämmung der Corona-Pandemie den sogenannten Lockdown erstmals im Frühjahr 2020 beschlossen, löste der Stillstand des öffentlichen Lebens und Rückzug ins Private eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft aus, wie die erste Studie des Projekts *Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert* von ZiviZ im Stifterverband ergab. ZiviZ hatte während dieses ersten Lockdowns eine Befragung unter 45 Führungskräften von Verbänden der organisierten Zivilgesellschaft durchgeführt.⁷ Gleichmaßen sahen die Befragten häufig eine Parallele der damaligen Lage zu den Jahren 2015 und 2016, als vermehrt Geflüchtete aus dem Mittelmeerraum nach Deutschland kamen und auf schnelle Hilfe und Unterbringung angewiesen waren. So kam es auch im Frühjahr 2020 krisenbedingt zu

» „Wir brauchen mehr ehrenamtliches Engagement! Die Alten sterben und junge sind weit entfernt von Ehrenämtern.“⁶

³ Ibid.

⁴ Krimmer/Priemer (2013).

⁵ Priemer/Krimmer/Labigne (2017).

⁶ In diesem Papier aufgeführte Zitate sind anonymisierte freie Antworten, die der Fragebogen an verschiedenen Stellen den Befragten ermöglichte.

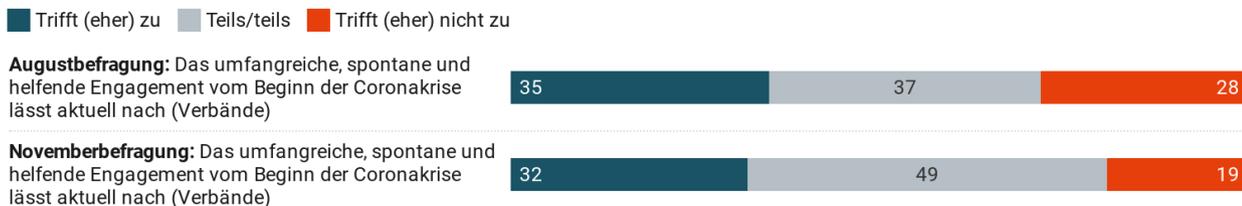
⁷ Krimmer/Bork/Markowski/Gorke (2020).

einem explosionsartigen Anstieg von spontanem und informellem Engagement. Vielfach waren es bereits bestehende Vereine und Initiativen, die Impulse zur Hilfe gaben, zuvor Engagierte und neu dazu kommende vernetzten und koordinierten. Mehrheitlich beschrieben die Befragten, dass das Angebot an helfendem Engagement deutlich größer gewesen sei als die damals bestehende Nachfrage. Die Atmosphäre im Frühjahr stimmte zuversichtlich, dass sich diese hohe Engagementbereitschaft über die kommenden Monate hinaus tragen werde und vielleicht sogar weitere Menschen zu einem dauerhaften Engagement motivieren könnte.

Im August 2020 knüpfte ZiviZ mit einer Folgebefragung unter 60 Verbänden und Infrastruktureinrichtungen an. Sie wurden gefragt, ob das umfangreiche, spontane und helfende Engagement vom Beginn der Coronakrise anhalte. Nur etwa jeder Vierte bestätigte jedoch den Anfangstrend, 35 Prozent vermeldeten wiederum ein Nachlassen (siehe Abbildung 1).⁸ Da in den Sommermonaten die Inzidenzzahlen sanken und viele der gesundheitlich besonders gefährdeten Menschen mit etablierten Abstandsregeln und Maskengeboten ihren Alltag wieder besser eigenständig bestreiten konnten, alarmiert dieses Befragungsergebnis zunächst nicht.

Ende November setzte ZiviZ die Befragung fort. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Deutschland bereits im zweiten Lockdown, wenn auch dieser zunächst weniger drastisch das öffentliche Leben einschränkte als in den darauffolgenden Wochen. Fast jeder Dritte der befragten Infrastruktureinrichtungen und Verbände vermeldete einen Rückgang (siehe Abbildung 1). Fast jeder Zweite konnte zu dieser Frage jedoch keine eindeutige Einschätzung abgeben.

ABBILDUNG 1: EINSCHÄTZUNG VON VERBÄNDEN UND INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN ZU AUSWIRKUNGEN DER CORONAKRISE AUF ENGAGEMENT (IN PROZENT)



Gesamt: 60 / 63

Um diese Entwicklung präziser bewerten zu können wurden zusätzlich auch Organisationen direkt befragt. ZiviZ interessierte, ob es unter ihnen weiterhin viele Engagierte gibt, die sich für Betroffene der Coronakrise helfend engagierten. Nur einer von vier Befragten vermeldete viele aktive Engagierte in seiner Organisation. Für fast jeden Zweiten war diese Aussage hingegen nicht zutreffend (siehe Abbildung 2).

⁸ Krimmer/Tahmaz (2020).

ABBILDUNG 2: AUSWIRKUNGEN DER CORONAKRISE AUF ENGAGEMENTZAHLEN



Gesamt: 592

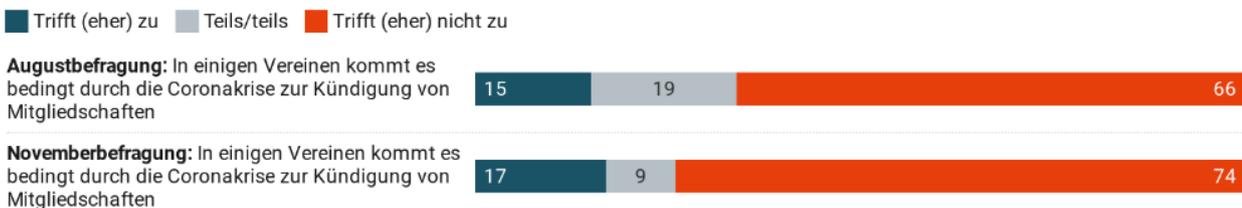
CONCLUSIO

Die Daten verdeutlichen die bereits im Sommer wahrgenommene Trendwende: Die Bereitschaft zu spontanem helfendem Engagement ist weiterhin rückläufig. Obwohl der Bedarf an spontaner Hilfe gerade während eines Lockdowns wieder zunimmt, verfügen nur wenige Organisationen über ausreichend aktive Engagierte.

1.2 MITGLIEDERZAHLEN SIND RÜCKLÄUFIG

Nicht nur das Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürger auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen gibt Aufschluss über die soziale Basis des zivilgesellschaftlichen Engagements während der Coronakrise. Sowohl im Erhebungszeitraum August als auch im November wurden die teilnehmenden Institutionen dazu befragt. Im Sommer gaben 15 Prozent der befragten Infrastruktureinrichtungen und Verbände an, dass es bedingt durch die Coronakrise bereits zu Kündigungen von Mitgliedschaften gekommen sei (siehe Abbildung 3). Auf den ersten Blick scheint dieser Wert gering. Bedenkt man jedoch, dass zum Zeitpunkt der Befragung viele mitgliedergetragene Organisationen ihre Angebote - wenn auch eingeschränkt - wieder anbieten konnten, ist dieser Wert alarmierend. Hervorzuheben ist zudem, dass während der Novemberbefragung der Anteil der Austritte meldenden Organisationen weiter zunahm. Während unter den Infrastruktureinrichtungen und Verbänden sogar jeder Zweite diese Entwicklung bestätigte, lag der Wert unter den lokalen Organisationen bei 17 Prozent (siehe Abbildung 3).

ABBILDUNG 3: AUSWIRKUNG DER CORONAKRISE AUF MITGLIEDSCHAFTEN (IN PROZENT)



Gesamt: 59 / 651

CONCLUSIO

Rechnete man die Zahl der Organisationen, die pandemiebedingte Kündigungen von Mitgliedschaften verzeichnen, auf die Gesamtzahl von ca. 600.000 Vereinen in Deutschland, so wären knapp 100.000 bereits in ganz Deutschland betroffen. Es gilt abzuwarten, wie sich dieses Phänomen in den weiteren Wochen entwickelt, wenn viele Bürgerinnen und Bürger über die Aufforderung zur Überweisung des Jahresbeitrags an ihre Mitgliedschaft erinnert und diese nach über acht Wochen im Lockdown mit anderen Augen betrachten werden.

1.3 ANFORDERUNGEN AN FÜHRUNGSKÄRFTE BLEIBEN HOCH

Wesentlicher Kern wirksamen und erfolgreichen Engagements ist der Einsatz, den die ehren- und hauptamtlichen Führungskräfte leisten. Der kurzfristige Lockdown im Frühjahr hatte Organisationen bereits dazu gezwungen, ihre bisherigen Organisationsstrukturen und -abläufe neu aufzustellen. So wurde in den Interviews während des ersten Lockdowns sogar vermeldet, dass Entscheidungen zunehmend von Hauptamtlichen ohne Abstimmung mit Ehrenamtlichen getroffen werden mussten.⁹ Die Folgebefragung im Sommer bestätigte diese Beobachtung zwar nicht, jedoch gaben 38 Prozent der Befragten an, dass die Coronakrise zu einer Überforderung der ehrenamtlichen Führungskräfte geführt habe (siehe Abbildung 4).

Sowohl die Verdichtung der notwendigen Aufgaben durch den Rückzug anderer Engagierter als auch die Tragweite der zu treffenden Entscheidungen (beispielsweise die Umstellung auf digitale Arbeitsformate, finanzielle Entscheidungen zur Reduktion von Ausgaben) bestehen weiterhin. So bestätigten 72 Prozent der Befragten auch in der Novembererhebung, dass die Coronakrise sehr hohe Anforderungen an die Führungskräfte stelle. Nur etwa jeder Zehnte widersprach dieser Aussage (siehe Abbildung 4).

ABBILDUNG 4: ANFORDERUNGEN AN FÜHRUNGSKÄRFTE (IN PROZENT)



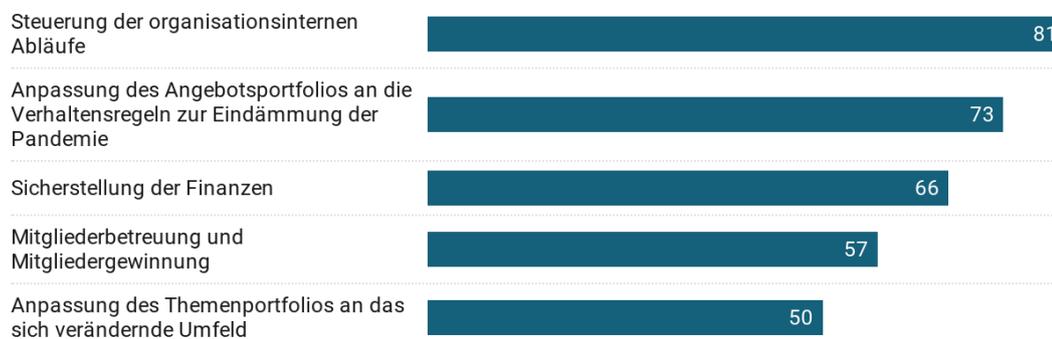
Gesamt: 60 / 668

Welchen Anforderungen stehen ehren- sowie hauptamtliche Führungskräfte gegenüber? Die deutliche Mehrheit ist mit der Steuerung der organisationsinternen Abläufe konfrontiert. Acht von zehn der Befragten bestätigten diese

⁹ Krimmer/Bork/Markowski/Gorke (2020).

Anforderung. Zweithäufigste Antwort mit 73 Prozent der Befragten ist das Anpassen des Angebotsportfolios an die Verhaltensregeln zur Eindämmung der Pandemie. Für weniger als 66 Prozent der Befragten ist zudem das Sicherstellen der Finanzen eine sehr fordernde Aufgabe. Mitgliederbetreuung und -gewinnung wurde von 57 Prozent bestätigt, für jeden Zweiten war außerdem das Anpassen des Themenportfolios an das sich verändernde Umfeld relevant (siehe Abbildung 5).

ABBILDUNG 5: NOVEMBERBEFRAGUNG: SPEZIFIZIERUNG DER HOHEN ANFORDERUNGEN AN FÜHRUNGSKRÄFTE WÄHREND DER CORONAKRISE (IN PROZENT)



Gesamt: 475

CONCLUSIO

Werden die Anforderungen an ehren- sowie hauptamtliche Führungskräfte dauerhaft hoch bleiben, ist zu erwarten, dass früher als ursprünglich geplant Personen aufgrund der Überlastung ihre Ämter niederlegen werden und es zusätzlich schwerer sein wird, Nachfolger für diese wichtigen und verantwortungsvollen Positionen zu finden. Zudem kann diese Schieflage der Aufgabenverteilung den Zusammenhalt zwischen Führungskräften und der Mitglieder- beziehungsweise Engagiertenbasis gefährden, was letztlich die Qualität des Engagements und seine Wirkungskraft beeinträchtigen würde.

2. FORTDAUERN DER KRISE MINDERT FINANZIELLE SPIELRÄUME DER ORGANISATIONEN

Vertagte Veranstaltungen, abgesagte Spendenaktionen, Angebote, die ein physisches Zusammenkommen voraussetzen, sie alle haben zu teils erheblichen Einnahmeausfällen geführt. Die von Bund und Ländern initiierten Soforthilfeprogramme für gemeinnützige Organisationen sind eine wichtige Initiative. Diese können jedoch nur bestehende Liquiditätsengpässe abmildern und erreichen nicht alle Organisationen. Um längerfristig Projekte und Angebote planen zu können, ist eine gewisse - zumindest mehrmonatige - finanzielle Planbarkeit Voraussetzung, dies gilt sowohl für die Angebote als auch für die Personen, die diese konzipieren und umsetzen. So traf auch das Thema Kurzarbeit viele

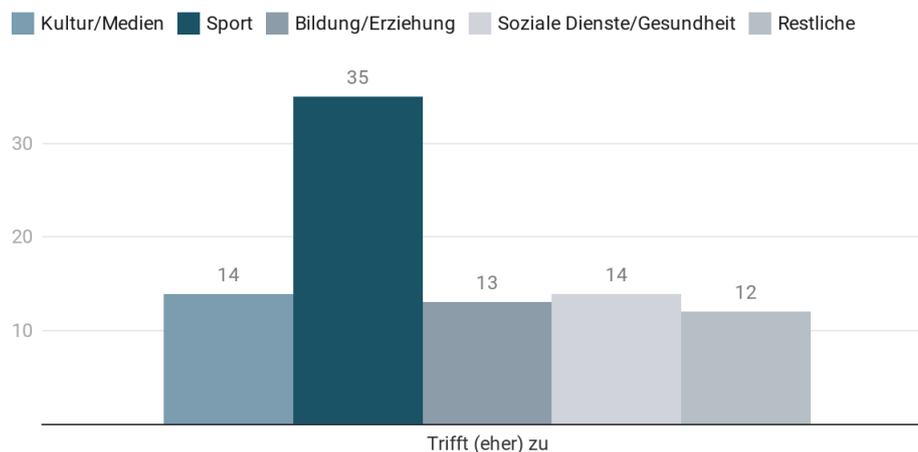
gemeinnützige Organisationen, die über ein hauptamtliches Team verfügen. Beispielsweise zählt der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hier zu den Betroffenen.¹⁰ Wachsende finanzielle Unsicherheit in einem ohnehin von Kurzfristig- und Freiwilligkeit geprägten Sektor drängen zivilgesellschaftliches Engagement in einen zunehmenden prekären Zustand.

2.1 ORGANISATIONEN MIT HOHEM ANTEIL AN SELBSTERWIRTSCHAFTETEN MITTELN UND MITGLIEDSCHAFTSgebÜHREN BESONDERS BETROFFEN

Bereits während des ersten Lockdowns nahmen viele der befragten Verbände und Infrastruktureinrichtungen einen teils erheblichen Ausfall der bisherigen Finanzierungsquellen wahr.¹¹ Umso wichtiger ist eine Nachprüfung dieser Einschätzung. Demnach vermeldeten im November 82 Prozent der Befragten einen Rückgang der selbsterwirtschafteten Mittel, 23 Prozent verzeichneten diesen auch hinsichtlich der Mitgliedschaftsgebühren (siehe Abbildung 7). Besonders betroffen sind hier Organisationen aus dem Sportbereich. Mehr als jede dritte Sportorganisation bestätigte pandemiebedingte Kündigungen von Mitgliedschaften, mit der ein Wegfall der Mitgliedschaftsgebühren einhergeht (siehe Abbildung 6).

» „Es fehlen die Einnahmen aus den Veranstaltungen und das Geld für Werbung und Druckkosten.“

ABBILDUNG 6: NOVEMBERBEFRAGUNG: PANDEMIEBEDINGTE KÜNDIGUNGEN VON MITGLIEDSCHAFTEN (IN PROZENT)



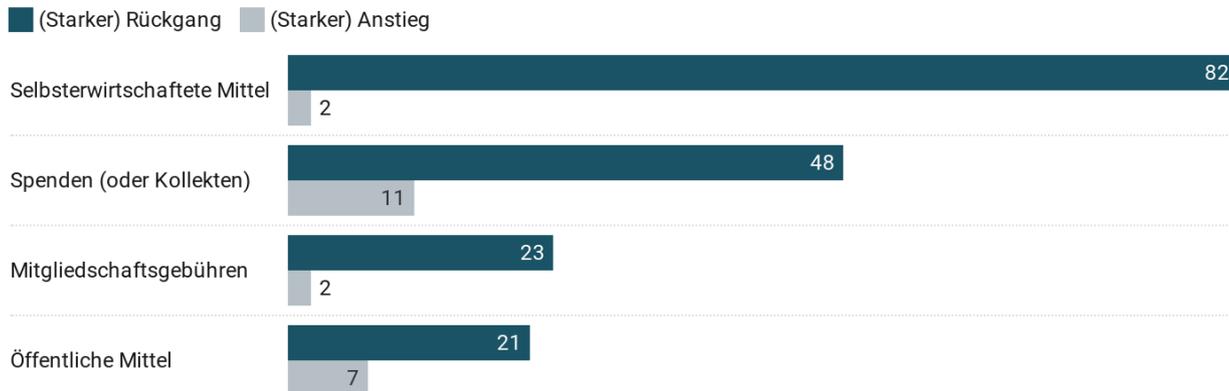
Gesamt: 651

Spenden oder Kollekten werden von 48 Prozent der Befragten als rückläufig bewertet, Einnahmen aus öffentlichen Mitteln von 21 Prozent. Lediglich elf Prozent gaben an, dass sie ein Mehr an öffentlichen Mittel beziffern könnten (siehe Abbildung 7).

¹⁰ Siehe <https://www.dosb.de/> (letzter Abruf, 11.2.2021).

¹¹ Krimmer/Bork/Markowski/Gorke (2020).

ABBILDUNG 7: NOVEMBERBEFRAGUNG: VERÄNDERUNG DER EINNAHMEN SEIT BEGINN DER CORONAKRISE (IN PROZENT)



Gesamt: 569 / 462 / 547 / 522

CONCLUSIO

Die bisherigen Soforthilfeprogramme können lediglich Zahlungsrückstände kompensieren. Wenn Organisationen während des Lockdowns Angebotsformate für die Zeit nach der Pandemie planen und Engagierte über die Zeit dauerhaft binden wollen, so sind sie auf weitere Finanzierungen angewiesen.

2.2 SOFORTHILFEPROGRAMME ENTLASTEN EXISTENZGEFÄHRDETE ORGANISATIONEN, ERREICHEN ABER NICHT DIE MEHRHEIT

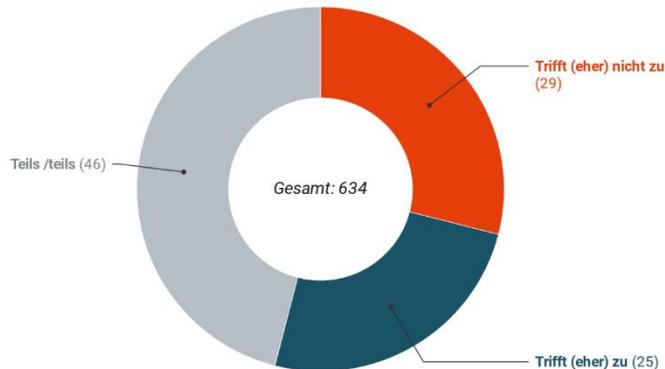
Ziel der staatlichen Hilfsmaßnahmen war es, ein unmittelbares Sterben von Vereinen und anderen Organisationen zu verhindern. Bereits im August wurden Verbände und Infrastruktureinrichtungen gefragt, inwiefern die bereitgestellten Soforthilfen hilfreich seien. 34 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die finanziellen Hilfsmaßnahmen Einnahmeausfälle abfedern würden. Jedoch befanden nur 12 Prozent, dass diese auch ausreichend seien.¹²

Darum fragte ZiviZ in der Novemberbefragung nochmals nach, diesmal nicht nur unter den Verbänden und Infrastruktureinrichtungen, sondern auch direkt die betroffenen Organisationen. Jeder Vierte war der Meinung, dass die Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern geeignet seien, um die Existenzgefährdung von gemeinnützigen Organisationen abzuwenden. Fast die Hälfte jedoch (46 Prozent) konnte zu dieser Frage kein eindeutiges Urteil fällen (siehe Abbildung 8).

» „Vereine brauchen DRINGEND weitere Unterstützung von Bund und Land, ansonsten wird sich die Vereinslandschaft sehr verändern.“

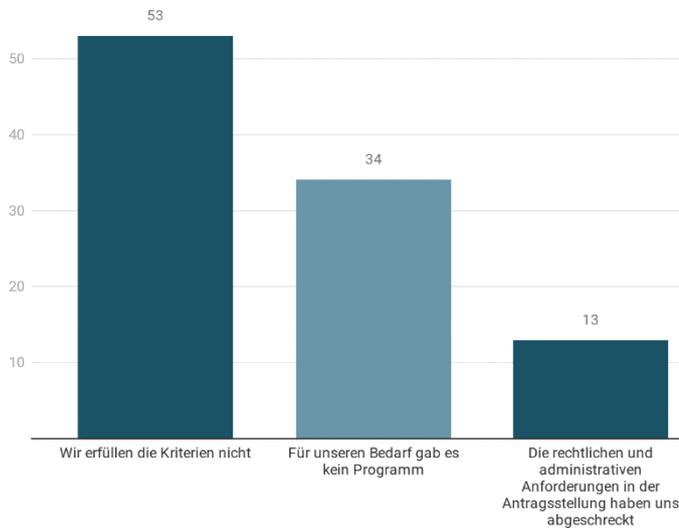
¹² Krimmer/Tahmaz (2020).

ABBILDUNG 8: NOVEMBERBEFRAGUNG: EIGNUNG DER HILFSMASSNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN ZUR ABWENDUNG EINER EXISTENZBEDROHUNG (IN PROZENT)



Diese Aussage untermauern Werte, die Aufschluss über die Antragsstellung geben. Schon Ende November war die Mehrheit der Soforthilfeprogramme aktiv, vereinzelt wurden bereits Verlängerungen veranlasst. Die Organisationen zu diesem Zeitpunkt wurden gefragt, ob sie einen Antrag für Soforthilfe gestellt hatten. Mehr als drei Viertel (78 Prozent) hatten dies nicht veranlasst. Zwar gab es unter ihnen Organisationen, die keinen Bedarf an Hilfgeldern hatten. Jedoch vermeldete mehr als die Hälfte von ihnen, keinen Antrag gestellt zu haben, da sie die Kriterien für die Antragsstellung nicht erfüllten. 34 Prozent gaben an, dass es für ihren Bedarf kein Programm gebe. Für mehr als jeden Zehnten wirkten die rechtlichen und administrativen Anforderungen in der Antragsstellung abschreckend (siehe Abbildung 9).

ABBILDUNG 9: NOVEMBERBEFRAGUNG: BEWEGGRÜNDE, KEINE HILFSGELDER ÜBER STAATLICHE HILFSPROGRAMME ZU BEANTRAGEN (IN PROZENT)



Gesamt: 516

Mehr als jeder fünfte der Befragten (146 Organisationen) hatte bereits einen Antrag gestellt. 60 Prozent von ihnen hatten zum Befragungszeitpunkt bereits eine Bewilligung erhalten, für fast jede dritte Organisation stand die Entscheidung noch aus, fast jeder zehnten Organisation wurden die beantragten Gelder nicht bewilligt (siehe Abbildung 10).

ABBILDUNG 10: NOVEMBERBEFRAGUNG: ANGABEN ZUM STATUS VON GESTELLTEN ANTRÄGEN (IN PROZENT)



Gesamt: 147

CONCLUSIO

Die Daten verdeutlichen, wird ein Antrag gestellt, ist die Erfolgschance einer Bewilligung recht hoch. Bereits die Augustbefragung ergab, dass die Informationspolitik von den Geberländern nicht gänzlich konstruktiv war. Würde diese nochmals nachgesteuert werden und Organisationen im Recherche- sowie Antragstellungsprozess enger begleitet, so stehen die Chancen gut, dass mit den Hilfen deutlich mehr Organisationen erreicht werden können.

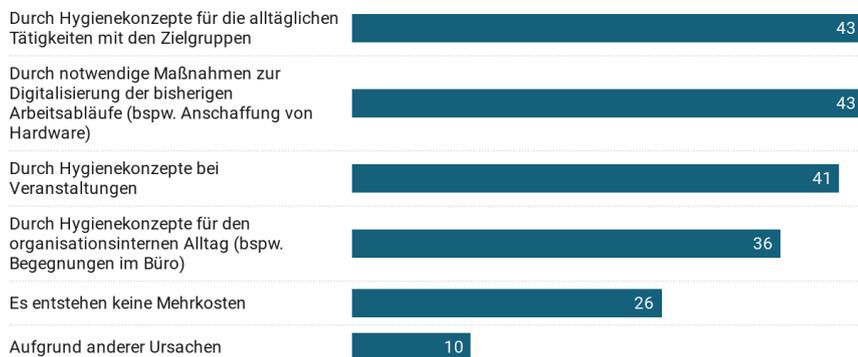
2.3 DURCH DIE CORONAKRISE VERURSACHTE MEHRAUSGABEN VERSCHÄRFEN DIE ÖKONOMISCHE SITUATION

Ausfälle von bisher üblichen Einnahmen sind nicht die einzige ökonomische Belastung. Die zur Eindämmung der Pandemie beschlossenen Auflagen verursachen zusätzliche Mehrausgaben. So können Veranstaltungen nur stattfinden, wenn größere Räumlichkeiten angemietet und Spukschutzvorrichtungen gekauft werden. Routinesitzungen oder auch Beratungsgespräche erfordern es, deutlich häufiger als üblich benötigte Räume intensiv zu reinigen. Die Umstellung der meisten Tätigkeiten in den digitalen Raum verursachten zusätzliche Kosten. Bereits im August schätzten 66 Prozent der befragten Infrastruktureinrichtungen und Verbände, dass teils erhebliche Mehrkosten den Organisationen entstehen würden, die die finanzielle Situation zusätzlich belasteten.¹³

Während jede vierte der im November befragten Organisationen angab, keine zusätzlichen Mehrkosten zu haben, vermeldeten die restlichen Organisationen Mehrkosten vor allem durch Hygienekonzepte für die alltäglichen Tätigkeiten mit den Zielgruppen (43 Prozent) oder für den organisationsinternen Alltag (36 Prozent). 43 Prozent unter ihnen gaben auch an, dass die notwendigen Maßnahmen zur Digitalisierung der bisherigen Arbeitsabläufe Ursache der Mehrkosten seien. Für 41 Prozent verursachen zudem notwendige Hygienekonzepte für Veranstaltungen Mehrkosten (siehe Abbildung 11).

¹³ Krimmer/ Tahmaz (2020).

ABBILDUNG 11: NOVEMBERBEFRAGUNG: URSACHEN VON MEHRKOSTEN DURCH VERÄNDERTE HANDLUNGSBEDINGUNGEN (IN PROZENT)



Gesamt: 663

CONCLUSIO

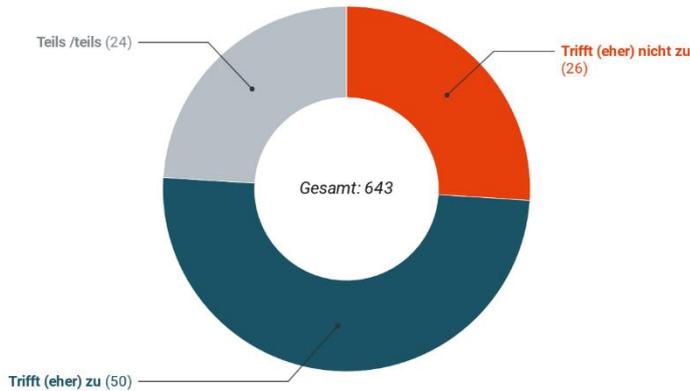
Wenn der wachsenden Unsicherheit im gemeinnützigen Sektor entgegenwirken soll, so sollten staatliche und private Förderinitiativen auch das Mehrkostensegment fokussieren und hierfür passende Förderformate entwickeln. Wichtig ist aber auch hier, ein besonderes Augenmerk auf eine umfangreiche Kommunikation und Begleitung im Antragsstellungsprozess zu legen, um die gezielte Wirksamkeit auch erreichen zu können.

3 DIE GEFÄHRDETE ZUKUNFTSPERSPEKTIVE DURCH DIE ÖKONOMISCHE SOWIE SOZIALE SITUATION IST BEREITS JETZT DEN ORGANISATIONEN BEWUSST

Das erste Corona-Jahr ist vorüber, die Engagierten haben in den Monaten seit Pandemiebeginn außerordentliches geleistet. Nachdem während der Sommermonate viele etwas aufatmen und in beschränktem Maße ihre Tätigkeiten wieder reaktivieren konnten, war der erneute Lockdown seit November ein tiefer Rückschlag. So meldete Ende November jeder zweite der Befragten, dass sich Entmutigung breit mache (siehe Abbildung 12).

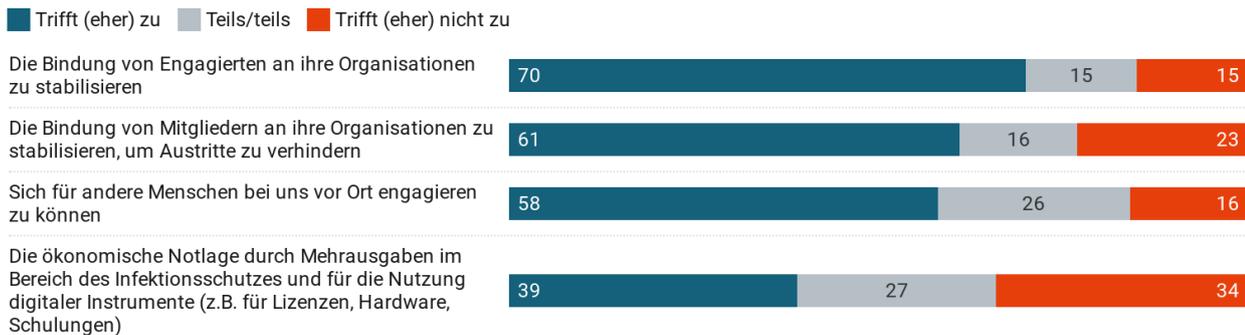
» „Wenn das so weitergeht stehen wir vor dem aus.“

ABBILDUNG 12: NOVEMBERBEFRAGUNG: BEOBACHTUNG VON ZUNEHMENDER ENTMUTIGUNG IN ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN (IN PROZENT)



Worauf bezieht sich diese Entmutigung in erster Linie? Auf die Frage, was sie als Kernherausforderung gegenwärtig und für die kommenden Wochen sähen, so war es für die große Mehrheit der Befragten die Bindung der Engagierten (70 Prozent) sowie Mitglieder (61 Prozent). Für nahezu ebenso viele ist aber auch die Möglichkeit sich selbst weiterhin engagieren zu können eine zentrale Herausforderung. Letztlich beschäftigen 39 Prozent der Befragten die ökonomische Notlage durch die pandemiebedingten Mehrausgaben (siehe Abbildung 13).

ABBILDUNG 13: NOVEMBERBEFRAGUNG: AKTUELLE UND KOMMENDE KERNHERAUSFORDERUNGEN VON GEMEINNÜTZIGEN ORGANISATIONEN IN DER CORONAKRISE (IN PROZENT)



Gesamt: 644 / 647 / 640 / 637

CONCLUSIO

Die Daten zeigen, dass unter Organisationen die Zuversicht für eine baldige und unproblematische Rückkehr zu einem *status quo ante* schwindet. Es bedarf umso mehr deutlicher Zeichen der Anerkennung und Ermutigung für ihre besonderen Leistungen.

4 FAZIT UND EMPFEHLUNGEN

Die Corona-Pandemie und die politischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung lassen auch das zivilgesellschaftliche Engagement nicht unberührt. Einerseits wurden viele Bürgerinnen und Bürger während des ersten sogenannten Lockdowns im Frühjahr 2020 spontan aktiv und brachten sich in ihrer Nachbarschaft und Gemeinde ein. Andererseits beschneiden die Einschränkungen des öffentlichen Lebens auch die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen. Schwindendes Engagement, eine sich zuspitzende Verknappung der finanziellen Ressourcen sowie die wachsende Mutlosigkeit unter den ohnehin stark geforderten Engagierten legen einen Schatten auf optimistische Zukunftsszenarien für die kommenden Monate. Es gibt jedoch Möglichkeiten, wie die Organisationen und ihre Engagierten unterstützt werden können. Diese Empfehlungen wurden teils bereits in den vorherigen Studien formulierten, gewannen durch die Auswertung der jüngsten Befragung jedoch weiteres Fundament:

- » In der Öffentlichkeit sollte nachdrücklich der Wert des gemeinnützigen ehrenamtlichen Engagements für die Gemeinschaft im Kleinen sowie die gesamte Gesellschaft anerkannt werden. Gerade in der Krise übernahm das bürgerschaftliche Engagement erneut schnell, flexibel und kreativ wichtige Aufgaben, um Menschen in Notlagen zu unterstützen. Bürgerinnen und Bürger müssen zudem ermutigt werden, sich dauerhaft ehrenamtlich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Zivilgesellschaftliche Organisationen selbst sollten noch engagierter als bisher beispielsweise über Aushänge, Infobriefe an Bürgermeister und Landräte und Social Media zeigen, was sie leisten und wie leicht ihre wichtige Arbeit unterstützt werden kann.
- » Die Umfrageergebnisse bestärken Versuche einiger Länder, Hilfsprogramme zu verlängern und die Bedingungen zur Antragsstellung anzupassen. Dabei sollte über weitere Programme beraten werden, wie beispielsweise die Bereitstellung von Sondermitteln für besonders hohe Mehrkosten durch Hygienemaßnahmen, Empowerment und Digitalisierung in der Verwaltungsarbeit kleiner und mittlerer Organisationen.
- » Informationen zu den Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern können noch mehr Organisationen erreichen. Diese sollten außerdem während des Antragstellungsprozesses beratend begleitet werden. Landes- und Bundesverbände sowie Infrastruktureinrichtungen können hier als Partner stärker eingebunden werden. Engagierte Bürgerinnen und Bürger sollten sich nichtdestotrotz selbst aktiv informieren und direkt die zuständigen Ministerien, Verbände und Infrastruktureinrichtungen kontaktieren, um sich zu Möglichkeiten der Antragstellung gut beraten lassen zu können.

» „Die große Bereitschaft und Kreativität bei der Umsetzung der Hygienemaßnahmen im Sommer wurde politisch nicht gewürdigt.“

» „Ehrenamt muss öffentlicher und sichtbarer werden.“

- » Beteiligte Akteure sollten gemeinsam Konzepte erarbeiten, wie Kündigungen vermieden zugleich jedoch Mitgliedsbeiträge sich den ökonomischen Situationen der Mitglieder besser anpassen können. Beispiele könnten ein befristetes Pausieren sein, Mitgliedschaftsrabatte oder auch der Austausch eines finanziellen durch einen sich persönlichen Beitrag wie die Telefonseelsorge für Mitglieder.

LITERATUR

Krimmer, Holger; Tahmaz, Birthe (2020): Engagement-Barometer. Corona und freiwilliges Engagement in Deutschland: eine ‚neue Normalität‘. Hg. v. ZiviZ im Stifterverband. Berlin.

Krimmer, Holger; Bork, Magdalena; Markowski, Lydia; Gorke, Johanna (2020): Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise. Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. Hg. v. ZiviZ im Stifterverband. Berlin.

Krimmer, Holger; Priemer, Jana (2013): ZiviZ Survey 2012. Zivilgesellschaft verstehen. Hg. v. ZiviZ im Stifterverband. Berlin.

Priemer, Jana; Krimmer, Holger; Labigne, Anaël (2017): ZiviZ-Survey 2017. Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Hg. v. ZiviZ im Stifterverband. Berlin.

Simonson Julia; Vogel, Claudia; Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2017): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer VS.

IMPRESSUM

Herausgeber

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Barkhovenallee 1 . 45239 Essen
T 0201 8401-181
mail@stifterverband.de
www.stifterverband.org



Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales



Rheinland-Pfalz
STAATSKANZLEI

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
Senatskanzlei



DEUTSCHE STIFTUNG
FÜR ENGAGEMENT
UND EHRENAMT

Redaktion

Simone Höfer



Stiftung für Ehrenamt und
bürgerschaftliches Engagement
in Mecklenburg-Vorpommern



ZIVILGESELLSCHAFT
IN ZAHLEN ZIVIZ

Gestaltung

Atelier Hauer + Dörfler, Berlin